

# Das Verhältnis Schweiz-Liechtenstein

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein**

Band (Jahr): - **(1971)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-938690>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

von Dr. Henry Zoelly, Eidgenössisches Politisches Departement, Bern

Vom 18. Juli bis zum 7. August führte das Auslandschweizersekretariat der Neuen Helvetischen Gesellschaft das bereits zur Tradition gewordene Wanderlager für junge Auslandschweizer durch. Dieses Jahr ging es für die Teilnehmer "quer durch Graubünden". Auf Initiative des Schweizer Vereines im Fürstentum Liechtenstein haben die jungen Auslandschweizer zum Abschluss ihres Wanderlagers auch dem Fürstentum Liechtenstein einen zweitägigen Besuch abgestattet. Im "Weltschweizer", der Zeitschrift der jungen Auslandschweizer, erschien aus diesem Anlass ein reich illustrierter Sonderteil mit dem Titel: "Unser Nachbar, das Fürstentum Liechtenstein". Unter anderem kommt im Rahmen dieser Liechtenstein-Sondernummer auch Dr. Henry Zoelly, stellvertretender Sektionschef im Eidgenössischen Politischen Departement, zu Wort. Er befasst sich mit dem Verhältnis Liechtensteins zur Schweiz. Diesem Beitrag von politisch kompetenter Seite sind nachstehende Passagen entnommen:

Durch Vereinbarung vom 24./26. Oktober 1919 übertrug es der Schweiz die Vertretung der liechtensteinischen Interessen in Drittstaaten. Diese Regelung erfolgte aus rein praktischen Gründen und bedeutet in grundsätzlicher Hinsicht keine Beschränkung der internationalen Handlungsfähigkeit des Fürstentums. Dieses unterhält zwar gegenwärtig einzig in Bern eine Botschaft; es könnte aber auch weitere diplomatische oder konsularische Vertretungen in dritten Staaten errichten. Verschiedene Staaten haben konsularische Vertretungen in der Schweiz mit der Wahrnehmung konsularischer Aufgaben in Liechtenstein beauftragt; einzelne Staaten haben im Fürstentum selbst konsularische Posten errichtet.

Durch den Postvertrag vom 20. November 1920 hat Liechtenstein der Schweiz die Besorgung der PTT-Dienste auf seinem Gebiet anvertraut. Dieser Vertrag bestimmt, dass alle für die Schweiz verbindlichen völkerrechtlichen Verträge über das PTT-Wesen im Fürstentum gleich wie in der Schweiz gelten. Liechtenstein ist aber vor einigen Jahren selbst dem Weltpostverein und dem Internationalen Fernmeldeverein beigetreten. Seit Ende 1969 sind Verhandlungen zur Revision des Postvertrages im Gange. Sie zielen insbesondere auf eine Neugestaltung der Vergütung der durch Liechtenstein von der Schweiz erhaltenen Leistungen sowie auf eine neue Regelung hinsichtlich der Ausübung des Post-, Telephon-, Telegraphen-, Radio und Fernsehregals.

Durch den Zollanschlussvertrag vom 29. März 1923 wurde das Gebiet des Fürstentums zum Bestandteil des schweizerischen Zollgebietes erklärt. Gestützt auf diesen Vertrag findet die gesamte schweizerische Zollgesetzgebung in Liechtenstein in gleicher Weise wie in der Schweiz Anwendung, ferner auch Bestimmungen der übrigen schweizerischen Bundesgesetzgebung, soweit der Zollanschluss ihre Anwendung bedingt. Dies gilt vor allem für alle Ein-, Durch- und Ausfuhrvorschriften, für Strafbestimmungen, die zur Durchführung der Zollgesetzgebung notwendig sind, ferner für zahlreiche andere Bestimmungen, die in Liechtenstein angewendet werden müssen, damit trotz des Fehlens jeglicher Kontrolle an der schweizerisch-liechtensteinischen Grenze das schweizerische Recht in der Schweiz selbst vollständig wirksam bleibt. Die Zölle werden von den schweizerischen Behörden im Verhältnis der liechtensteinischen zur schweizerischen Wohnbevölkerung zurückvergütet.

Liechtenstein hat 1924 durch eigenes Gesetz die Schweizerfrankenwährung eingeführt.

Gestützt auf den Zollanschlussvertrag wurden zwischen beiden Staaten fremdenpolizeiliche Vereinbarungen getroffen - die heutigen datieren vom 6. November 1963 -, die es ermöglichen, dass keinerlei Kontrollen an der schweizerisch-liechtensteinischen Grenze bestehen. Liechtenstein hat bei der Zulassung von Ausländern die schweizerische Regelung zu beachten, ist hingegen frei, in der Schweiz zugelassene Ausländer auf seinem Gebiet nicht zuzulassen.

Auf Grund des Zollanschlussvertrages finden die von der Schweiz mit Drittstaaten abgeschlossenen Zoll- und Handelsverträge auch in Liechtenstein Anwendung. Dieses hat sich verpflichtet, nicht selbst Zoll- und Handelsverträge abzuschliessen. So ist Liechtenstein auch nicht Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA); seine Vertretung durch die Schweiz in dieser Organisation ist - in Ergänzung zum Zollanschlussvertrag - in einem besonderen Protokoll zwischen dem Fürstentum und allen EFTA-Mitgliedstaaten geregelt. Im Bereich der europäischen Integration hat der Zollanschluss zur Folge, dass die Erkundungsgespräche der Schweiz mit den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel in enger Fühlungnahme mit Liechtenstein stattfinden.

Die oben dargelegten besonderen Beziehungen beruhen alle auf Verträgen, die von Liechtenstein wie von der Schweiz jederzeit gekündigt werden können; sie haben deshalb seine Souveränität grundsätzlich nicht eingeschränkt. Soweit nicht auf Grund besonderer Regelungen völkerrechtliche Verträge, die für die Schweiz gelten, gleichzeitig auf Liechtenstein Anwendung finden, kann das Fürstentum mit der Schweiz und mit Drittstaaten selbständig Staatsverträge abschliessen.

Andererseits hat Liechtenstein auf verschiedenen Rechtsgebieten autonom schweizerische Regelungen übernommen, so zum Beispiel diejenigen über den Strassenverkehr, über die AHV und über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel.

Unter weiteren Staatsverträgen Liechtensteins mit der Schweiz seien namentlich erwähnt: der Niederlassungsvertrag vom 6. Juli 1874, zwei Grenzverträge vom 23. Dezember 1948 und 7. Mai 1955, das Abkommen vom 3. September 1965 über die AHV und IV, das Abkommen vom 25. April 1968 über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Schiedssprüchen in Zivilsachen sowie das Abkommen über Familienzulagen vom 26. Februar 1969. Ferner hat Liechtenstein verschiedene Vereinbarungen mit einzelnen oder mehreren Kantonen abgeschlossen.